

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 128 (1962)

**Heft:** 8

  

**Artikel:** Sozialdemokratie und Landesverteidigung

**Autor:** Frick, Gotthard

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-39882>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sozialdemokratie und Landesverteidigung

Von Hptm. Gotthard Frick

«Verteidigung des eignen Herdes<sup>1</sup>, Verteidigung der eignen Scholle<sup>1</sup>, das sind gewiß für den Arbeiter nur Phrasen. Aber die materiellen Güter, die zu schützen wir allen Anlaß haben, das sind unsere politischen Freiheiten.»

G. Müller, Referent zur Militärfrage am schweizerischen Parteitag 1903<sup>1</sup>

## I.

Die gespannte internationale Lage und die ungewisse Zukunft der Freiheit in der Welt erfordern mehr denn je in den Grundfragen die Übereinstimmung des ganzen Volkes. Es scheint uns deshalb der Zeitpunkt gekommen, die Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) zur Landesverteidigung darzulegen und aufzuzeigen, ob und wie weit die größte Partei des Landes in dieser Grundfrage mit der überwältigenden Mehrheit des Schweizervolkes in Übereinstimmung steht. Die vorliegende Untersuchung wird sich hauptsächlich mit der Haltung zur militärischen Landesverteidigung befassen, obschon von der SPS die Landesverteidigung seit jeher als eine Aufgabe betrachtet wurde, die alle Bereiche des nationalen Lebens zu umfassen hat, soll sie Aussicht auf Erfolg haben.

Im Gegensatz zu den totalitären Gratwanderern, in deren Reihen eine fußbreite Abweichung vom vorgezeichneten Weg zum tödlichen Sturz in die links und rechts liegenden Abgründe führt, ist die Mitgliedschaft in der SPS – wie in allen wirklich demokratischen Organisationen – dem gemeinsamen Gang auf einer sehr breiten Straße auf einen gemeinsamen Zielraum hin vergleichbar. Der Meinung des Einzelnen ist ein weiter Spielraum gelassen, bevor er Gefahr läuft, den Rahmen zu sprengen und aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Es stellt sich daher die Frage, was die Funktion der Leitlinie auf dieser Straße ausübt, mit anderen Worten, wo und wie die für die Partei verbindliche Stellungnahme definiert wird.

Artikel II der Parteistatuten gibt die klare Antwort: «der Parteitag bringt den Willen der Partei zum Ausdruck». Alle Sektionen können sich dort im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl vertreten lassen. Die gefaßten Beschlüsse spiegeln somit im wesentlichen die Durchschnittsmeinung der Partei wider. Immerhin zeigen verschiedene durchgeführte Urabstimmungen, daß das Parteivolk etwas gemäßigter denkt als die Parteitage. Dies rührt wohl daher, daß sich aktivistisch und extrem eingestellte Sektionen eher vollständig vertreten lassen und daß sich ihre Delegierten in den Beratungen und hinter den Kulissen energischer für ihre Anliegen einsetzen als die Vertreter der gemäßigten Sektionen.

Die nachfolgende Darstellung hält sich im wesentlichen an die Beratungen und Beschlüsse der schweizerischen Parteitage, ohne indessen charakteristische Äußerungen einzelner Mitglieder und Sektionen ganz außer acht zu lassen.

## II. Die verschiedenen Tendenzen

Seitdem die Partei besteht, kämpfen zwei Tendenzen um die Oberhand:

- die revolutionäre, klassenkämpferische Tendenz und
- die evolutionäre, demokratische Tendenz.

Obwohl in der gleichen Partei zusammengeschlossen, unterscheiden sich diese beiden Gruppen grundsätzlich voneinander.

<sup>1</sup> Protokoll des zweiten Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 4. Oktober 1903, S. 31.

In zulässiger Vereinfachung des Bildes darf man feststellen, daß sich die erste Richtung auf die schon von Goethes Faust gestellte Frage nach dem Wesentlichen im Leben für das Wort, die Theorie, die Ideologie entschieden hat, die zweite Richtung dagegen für die Tat, die Praxis, die Wirklichkeit. Oft bot deshalb die SPS den Anblick eines unschlüssigen Faust. Einmal stellte sie die Ideologie, ein anderesmal die Wirklichkeit an den Anfang, je nachdem ob die innen- und außenpolitische Lage mehr die revolutionäre, klassenkämpferische oder mehr die evolutionäre, demokratische Gruppe begünstigte. Diese schwankende Haltung äußerte sich auch in der Stellungnahme zur Landesverteidigung und führte dazu, daß sogar heute noch der nationalen Zuverlässigkeit der SPS da und dort mit einiger Skepsis begegnet wird.

Neben diesen beiden Gruppen besteht in der Frage der Landesverteidigung noch eine Splittergruppe der demokratischen Richtung, diejenige der Pazifisten. Selbstverständlich bestehen zwischen diesen Gruppen keine scharfen Grenzen, und es gehören ihnen nicht immer die gleichen Mitglieder an. Aus Einsicht oder unter dem Zwang der Ereignisse finden im Verlaufe der Jahre Umschichtungen und Meinungsänderungen statt. Aber in jedem Zeitpunkt läßt sich die Haltung der einzelnen Mitglieder zur Frage der Landesverteidigung auf eine der drei genannten Tendenzen zurückführen.

### *Die revolutionäre, klassenkämpferische Tendenz*

Die revolutionäre, klassenkämpferische Gruppe stützt sich ganz auf die Lehre von Marx, wonach die Entwicklung der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. In dieser Philosophie bleibt es der Klasse des Proletariats vorbehalten, die Ausbeuterklasse zu entmachten und damit die Geschichte der Klassenkämpfe abzuschließen und das Tor zum Goldenen Zeitalter zu öffnen.

In der vorletzten Epoche gibt es nur noch zwei große, sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager. Ihre Machtbereiche können auf keinem Atlas eingezeichnet werden, denn sie gehen mitten durch alle Völker der Erde. Feindlich steht dem Lager der Ausbeuter, der Bourgeoisie, das Lager der Ausbeuteten, des Proletariats, gegenüber. Das Band der Solidarität und der gemeinsamen Interessen umschlingt die Klasse der Ausbeuteten auf der ganzen Erde und nicht – wie dies die Bourgeoisie zur Verschleierung des wahren Sachverhaltes vorgibt – alle Bevölkerungsschichten eines von einer Grenze umrissenen geographischen Gebietes. Eine vertikale, nationale Solidaritäts- und Interessengemeinschaft besteht nicht; somit ist selbstverständlich eine «Landes»-Verteidigung ein Unsinn, würden doch die beiden historischen Feinde, Bourgeoisie und Proletariat, in der gleichen Streitmacht zusammengefaßt. In seiner großen Rede am Parteitag 1917 wurde dies von Fritz Platten wie folgt ausgedrückt: «Demnach ist der Streit um die Militärfrage nicht ein Streit um die Schutzlosmachung des mit Marksteinen umgrenzten Territoriums... Der Streit geht um die Frage: Nationalstaatliche oder internationale Entwicklung? Nationale Solidarität oder Klassensolidarität?»

Eine Landesverteidigung ist erst dann gerechtfertigt, wenn es der Proletarierklasse gelingt, in einem Lande den Sozialismus aufzurichten, während in den umliegenden Staaten noch der

<sup>2</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages der SPS vom 9. und 10. Juni 1917, S. 118.

Kapitalismus herrscht. Zur Verteidigung des Sozialismus wird in diesem Falle eine Armee notwendig. Parteipräsident Reinhard sagte dazu: «Ich bekenne mich unbedingt und unter allen Umständen zur Verteidigungspflicht des sozialistischen Staates... Die Frage ist dann überhaupt nicht mehr, ob die Gewalt uns den Sieg bringen werde<sup>3</sup>.»

Die Kriege zwischen Nationalstaaten sind das Produkt der durch den Kapitalismus geschaffenen Widersprüche in der Gesellschaft und zwischen den verschiedenen nationalen Bourgeoisien. Sie werden durchgeführt, um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten zu gewinnen. Die Militärkommission der SPS definierte den ersten Weltkrieg – wohl nicht ganz unzutreffend – zuhanden des Parteitages 1917 wie folgt: «Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg, ein Krieg um die politische Beherrschung und ökonomische Ausbeutung der Welt<sup>4</sup>.» Da die herrschende Klasse den Krieg nicht ohne Mithilfe des Proletariates führen kann, gibt sie ihn «zur Betörung des Volkes als einen Krieg zur Verteidigung des Vaterlandes aus». Läßt sich die Klasse der Ausgebeuteten dadurch Sand in die Augen streuen, so bedeutet dies «die freiwillige Unterordnung des Proletariates unter die Interessen und Ziele seiner Ausbeuter und damit Aufhebung des Klassenkampfes, Anerkennung des Burgfriedens und verhängnisvolles Zerreißen seiner internationalen Beziehungen<sup>4</sup>.»

Verteidigungskriege gibt es nicht, da sich der Angegriffene bestenfalls in der rechtlichen und moralischen Situation des Räubers befindet, der sein früher gestohlenen Raubgut gegen seinen neidischen und weniger erfolgreichen Konkurrenten verteidigt.

Auch für den Proletarier eines kleinen Landes wie die Schweiz ist die Situation grundsätzlich nicht anders, denn im Kriegsfall wäre sie gezwungen, «sich an die eine oder andere Großmacht oder an Koalitionen von imperialistischen Staaten anzulehnen und deren Hilfe in Anspruch zu nehmen... und in der Meinung, sein Vaterland zu verteidigen, opfert sich der Proletarier des kleinen Landes im Kriegsfall für die Interessen der verbündeten imperialistischen Großmächte<sup>5</sup>.»

Die im Krieg mit Gewalt weitergeführte wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen nationalen Ausbeuterklassen berührt die Interessensphäre des Proletariates nicht, dagegen wird der einzelne Proletarier vom Krieg um so empfindlicher getroffen. Er wird als Soldat eingezogen und hat seine Haut zuvorderst an der Front zu Markte zu tragen. Die wirtschaftlichen Folgen werden ihm von der herrschenden Klasse zuallererst aufgebürdet. Lohnabbau, Teuerung, Mangelwirtschaft treffen den Proletarier, der infolge der Mobilisation nicht einmal mehr seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, besonders hart, während die herrschende Klasse infolge der Erhöhung der Zinssätze, der Preissteigerungen verbunden mit Lohnabbau und infolge der vollen Ausnützung ihrer Produktionsmittel glänzende Geschäfte macht. Die Proletarierklasse hat somit nicht nur keinen Grund zur Teilnahme an einem Krieg, sondern muß im Interesse ihrer Mitglieder den Krieg und vorher schon im Frieden die Mittel zu dessen Durchführung mit aller Energie bekämpfen.

Eine dritte Überlegung führt die klassenkämpferische, revolutionäre Gruppe zur Ablehnung der Landesverteidigung. Die

Armee ist nämlich nicht nur das Instrument der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Ziele gegen außen, sondern auch ihr wichtigstes Machtmittel zur Erhaltung einer ungerechten und überholten Gesellschaftsordnung im Inneren. «Jede aktive Unterstützung der militärischen Bestrebungen, jedes passive Gewährenlassen bedeutet daher eine Befestigung der Machtstellung des Gegners<sup>6</sup>.» Der Kampf gegen die Armee ist deshalb ein wichtiger und politisch absolut notwendiger Aspekt des Klassenkampfes.

Auch die dogmatischsten Klassenkämpfer mußten immer wieder zugeben, daß die schweizerische Demokratie etwas Besonderes und Einzigartiges darstellt. Aber sie vertraten die Ansicht, diese Demokratie werde nur so lange gemäß Verfassung und Gesetz funktionieren, als die Volksmehrheit das kapitalistische System nicht in Frage stelle. Sollte sich diese Demokratie einmal für den Sozialismus entscheiden, so werde sich die herrschende Klasse ohne Zweifel aller Machtmittel bedienen, um diesen Umschwung zu verhindern. Der bereits zitierte Fritz Platten rief am Parteitag 1917 unter Hinweis auf die verschärfte Streikgesetzgebung, die Aufhebung des Fabrikgesetzes, das Demonstrationsverbot und die zahlreichen gegen Streiks erfolgten Truppenaufgebote aus: «Wenn einmal die regierende Klasse losgehen will, so geht sie eben los unter vollständiger Niedertrampelpel der Demokratie, indem sie einfach die Volksrechte aufhebt<sup>7</sup>.» Am Parteitag 1935 gab Parteipräsident Ernst Reinhard unter dem Eindruck der Ausbreitung des Faschismus in Europa und der Schweiz derselben Meinung wie folgt Ausdruck: «Der Kapitalismus, so schien es uns immer, ist mit diesen bürgerlichen Rechten und Freiheiten aufs engste verbunden, denn sie sind ja sein Kind. Er hat sie geopfert. Er ist heute bereit, die Rechte des einzelnen, Rede-, Presse-, Gedankenfreiheit, Versammlungsfreiheit zu opfern, damit die Klasse ihre Rechte behält, damit der Kapitalismus seine Freiheiten behält<sup>8</sup>.»

Dies sind die wesentlichsten Gründe, welche die revolutionäre, klassenkämpferische Gruppe in der SPS – und in den Jahren, in denen sie die politische Linie bestimmte, auch die Gesamtpartei – zur Ablehnung der Landesverteidigung führten. Die große Mehrheit der SPS war nie pazifistisch, wie dies politisch Ungeschulte oft annehmen, denn die Ablehnung der Landesverteidigung erfolgte primär nicht aus einer idealistischen Überschätzung der Gewaltlosigkeit, sondern aus Gründen des Klassenkampfes; der Kampf galt nicht der Armee als solcher, sondern dem Machtinstrument des Klassenstaates. Mit dem Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und der daraus resultierenden Aufhebung aller Widersprüche würde – quasi als erfreuliches Nebenprodukt – der dauernde Friede anfallen. Robert Grimm drückte dies einmal wie folgt aus: «Für die Sozialdemokratie ist der Krieg das unvermeidliche Ergebnis der kapitalistischen Gegensätze und damit der Klassengegensätze... Die Sozialdemokratie erblickt die Beseitigung der Kriegsursachen in der Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse<sup>9</sup>.»

Die klassenkämpferische, revolutionäre Gruppe fordert von der Partei eine klare und konsequente Haltung. Sie ging sogar so weit, den Befürwortern der Landesverteidigung den Vorwurf zu machen, sich als grundsätzliche Befürworter der Armee zu

<sup>6</sup> Antrag der Militärkommission an den Parteitag 1917. Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 12.

<sup>7</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 123.

<sup>8</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 101.

<sup>9</sup> Robert Grimm, «Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm», Bern 1925, S. 51.

<sup>3</sup> Ernst Reinhard, «Landesverteidigung?», Bern 1933, S. 61.

<sup>4</sup> Antrag der Militärkommission an den Parteitag 1917. Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 11/12.

<sup>5</sup> Thesen Grimm zur Militärfrage, 1917. Aus: «Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage», Genossenschaftsdruckerei Zürich, 1917, S. 19.

bekennen und gleichzeitig immer Vorwände zu suchen, die Militärbudgets abzulehnen. In seiner großen Rede am Parteitag 1917 forderte Fritz Platten: «Bleiben wir also konsequent und sagen wir: für den Militarismus keinen Mann und keinen Groschen, oder dann bewilligen wir alles, was überhaupt notwendig ist für die Verteidigung<sup>10</sup>.»

### Die pazifistische Tendenz

Demutvolle und schicksalsergebene christliche Haltung einerseits oder idealistische Überschätzung des Guten im Menschen andererseits können Nährboden des Pazifismus sein. Der reine christliche Pazifismus war in der SPS nie in politisch wirksamer Form vertreten, wenn es auch einzelne auffallende religiöse Pazifisten gab. Dagegen konnten sich die idealistischen Pazifisten immer wieder Gehör verschaffen, ohne allerdings jemals die Mehrheit der Partei für ihre Anschauungen zu gewinnen.

Die idealistischen Pazifisten, eigentliche Kinder der Aufklärung, schreiben alles Übel dem mangelnden Wissen, der Einsichtslosigkeit und Unvernunft der an und für sich guten Menschen zu. Auch Kriege sind in dieser Sicht nur möglich, weil sich die Menschen noch nicht genügend Rechenschaft über deren Ursachen und Wesen ablegen, die Möglichkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit nicht kennen und aus falschem Sicherheitsbedürfnis Streitkräfte aufstellen, die dann natürlich nach Betätigung verlangen. Die Hauptanstrengungen der Pazifisten richten sich daher auf die Abrüstung, auf eine umfassende Aufklärung der öffentlichen Meinung über das wahre Gesicht des Krieges, wobei diese Aufklärung in der Praxis in der Erzeugung von Angst besteht und in der Propagierung der Schiedsgerichtsbarkeit. Sie appellieren an das Gewissen, an das Gute im Menschen, und schleudern, wie sich E.-Paul Graber am Parteitag 1926 ausdrückte, gegen den äußeren und inneren Feind «die schrecklichste und unbesiegbarste Waffe, die Waffe des Gewissens und die Waffe der Vernunft<sup>11</sup>». Da sich niemand der erzieherischen Wirkung des guten Beispiels entziehen kann, spielt in ihren Vorstellungen das leuchtende Vorbild des «kleinen Landes» eine zentrale Rolle. Unermüdlich weisen sie auf den überwältigenden Eindruck hin, welche eine einseitige Abrüstung der Schweiz auf die Weltmeinung und auf die Soldaten einer eventuellen Angriffsarmee ausüben würde.

Könnte sich unser Volk zudem noch zu einer opferfreudigen Großzügigkeit aufrufen und die bisher für die Armee zwecklos verschleuderten Millionen sozialen und internationalen Werken zuführen, so würde sich unser Land ein derartiges inneres und äußeres moralisches Kapital schaffen, daß es eine Großmacht nur mit schwersten Bedenken und unter Verlust ihres Prestiges in der Welt wagen könnte, uns anzugreifen. Und sollte dieses unglaubliche Verbrechen doch stattfinden, so würden die Angriffsarmeen, überwältigt vom leuchtenden Beispiel schweizerischer Friedensliebe, selber zu einer friedfertigen und menschlichen Haltung bekehrt. Am Parteitag 1935, mitten in der Hochblüte des Nazismus, zitierte Parteipräsident Ernst Reinhard – erschüttert über so viel Naivität – die folgende ihm gegenüber gemachte Bemerkung eines Pazifisten: «Wenn Hitler mit seinen braunen Banden in die Schweiz marschieren sollte, dann werden wir uns nicht wehren, denn wir sind überzeugt: Wenn wir diesem Einmarsch gegenüber unsere friedliche Gesinnung beweisen, dann wird der Faschismus so viel Menschlichkeit, so viel Zivilisation

und Kultur haben, um uns zu achten<sup>12</sup>.» Zum selben Parteitag hatten einige welsche Sektionen einen gemeinsamen Antrag eingereicht, in welchem sie zunächst feststellten, die Schweiz verdiene es, gegen den Faschismus verteidigt zu werden. Sie rufen die SPS auf, getragen von einem wahrhaften Opfersinn die wirksamsten Mittel zu ergreifen. Der Antrag fährt dann fort: «Die SPS ist überzeugt, daß nicht die Armee dieses Mittel ist . . . Die SPS stellt deshalb die Verteidigung der schweizerischen Demokratie und Unabhängigkeit, der schweizerischen Rassen- und Völkergemeinschaft auf einen Boden, der ihr sicherer scheint und dem Menschheitsideal eher entspricht als der Militarismus: auf den Boden des sozialen Fortschrittes, der Sanierung und Umgestaltung der Wirtschaft und der Abrüstung . . . Im Interesse der Arbeiterbewegung, der Demokratie und der Sicherheit des Landes wird sie dem Militärapparat jede Unterstützung verweigern<sup>13</sup>.» Und Parrat behauptete am Parteitag 1951, «daß die Durchführung eines internationalen Hilfswerkes für unsere Landesverteidigung gewiß von viel größerem Nutzen wäre als die Ausgabe von Rüstungsmilliarden für irgendwelche Kanonen, Maschinengewehre und Atombomben<sup>14</sup>.»

Konsequenterweise lehnen die Pazifisten jede Gewaltanwendung ab. Sie sind sowohl Gegner der Diktatur des Proletariates, einer gewaltsamen Machtergreifung, als auch der Verteidigung einer sozialistischen Schweiz. Spottend rief E.-Paul Graber am Parteitag 1926 den Anhängern der revolutionären Richtung, die sich nur gegen die Verteidigung einer kapitalistischen Schweiz wenden, zu: «Ich sehe unseren lieben Freund Arthur Schmid, verwandelt in einen Obersten der Roten Armee<sup>15</sup>!»

Infolge ihrer in jeder Beziehung irrationalen Haltung fielen die Pazifisten in der SPS immer zwischen Stuhl und Bank. Sie wurden nie ganz ernst genommen, obschon sie mit der revolutionären Gruppe die Ablehnung der Landesverteidigung, mit der demokratischen Gruppe die Ablehnung der Gewaltanwendung im Inneren, der Diktatur des Proletariats, gemeinsam hatten.

Die demokratische Gruppe lehnte ihre weltfremde außenpolitische Haltung ab. Von der revolutionären, klassenkämpferischen Gruppe wurden sie aus drei Gründen bekämpft:

Erstens wird die Arbeiterklasse durch die Konzentration aller Anstrengungen auf den Kampf gegen die Armee und für die Abrüstung von ihrem Hauptziel, dem Kampf gegen den Kapitalismus, abgelenkt. Zweitens zerstört die ständige Bereitschaft der Pazifisten, zur Erreichung ihres Zieles auch mit bürgerlichen und religiösen Pazifistengruppen zusammenzuarbeiten, die Einheit der Arbeiterklasse. Schließlich ist für die Klassenkämpfer der dauernde Verzicht auf Gewaltanwendung unannehmbar. Emil J. Walter warf ihnen deshalb am Parteitag 1926 vor, diejenigen, die der Partei für immer die Verwendung von Gewalt verbieten wollten, wollten sie kastrieren.

Wie bereits gesagt, gelang es den Pazifisten nie, die Mehrheit der Partei in grundsätzlichen Fragen zu gewinnen. Ihre Argumente konnten keine der beiden großen Gruppen, Klassenkämpfer und Demokraten, überzeugen. Hingegen war es ihnen immer wieder möglich, zum Brennpunkt aller aus der Angst geborenen unbewußten Reaktionen zu werden. Angesichts der in der SPS herrschenden weitgehenden Unwissenheit in militärischen Fragen und des Fehlens geschichtlicher und wissenschaftli-

<sup>12</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 113.

<sup>13</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 35.

<sup>14</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 11. März 1951, S. 62.

<sup>15</sup> Protokoll des Parteitages vom 6./7. November 1926, S. 76.

<sup>10</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 121.

<sup>11</sup> Protokoll des Parteitages vom 6./7. November 1926, S. 76.

cher Grundkenntnisse bei vielen Anhängern können gewisse Teile der Mitgliedschaft verhältnismäßig leicht in eine defaitistische Angst versetzt werden. Pressemeldungen über Zerstörungswirkungen moderner Waffen, den Geschwindigkeitsrekord eines neuen Flugzeugprototyps usw. genügen, sämtliche schweizerischen militärischen Maßnahmen als nutzlos erscheinen zu lassen. Am Parteitag 1935 war das Votum Mattmüllers ein gutes Beispiel für diese unbewußte Angstreaktion: «Ich komme von Basel; wir sind dort überzeugt, daß ein einziges französisches oder deutsches Flugzeug, wenn es am richtigen Ort eingesetzt wird, einen großen Teil unserer Stadt in Trümmer legen kann, bevor eine einzige Kompagnie die Uniform angezogen hat. Und da spricht man noch von einer Landesverteidigung<sup>16</sup>!»

Sofort beweisen dann die Pazifisten, daß nur der Verzicht auf eine Landesverteidigung die Schrecken des Krieges von unserem Lande fernhalten kann. Auch in der gegenwärtigen Atomtodkampagne bedienen sie sich dieses Argumentes, um zu beweisen, daß schweizerische Atomwaffen unweigerlich zu einem nuklearen Angriff auf unser Land führen müssen, während eine konventionell ausgerüstete Armee einen Angriff nicht «anzieht» oder zumindest auch den Angreifer auf den Einsatz dieser Mittel verzichten läßt.

Diese unbewußten Reaktionen auf die Schrecken des Krieges und deren Zusammenfassung durch die Pazifisten erklären, wie es möglich ist, daß nach wie vor in der SPS eine kleine, aber hörbare Minderheit besteht, die gegen fast jeden Militärkredit Stellung bezieht, obschon die Partei seit über 25 Jahren die Landesverteidigung eindeutig und seit dem zweiten Weltkrieg praktisch einstimmig bejaht.

#### *Die evolutionäre, demokratische Tendenz*

Die evolutionäre, demokratische Gruppe vertritt die Meinung, sowohl die Befreiung der Arbeiterklasse als auch das Funktionieren eines sozialistischen Staates könne nur auf einer demokratischen Grundlage erfolgen. Sie wendet sich deshalb gegen die Diktatur des Proletariates. Schon die alte Internationale hatte vor dem ersten Weltkrieg postuliert: «Die Befreiung der Arbeiterklasse ist nur möglich im demokratischen Staat», und Dr. Hans Oprecht hält fest: «Nur in einer freien Schweiz ist eine freie Arbeiterbewegung möglich<sup>17</sup>.»

Die demokratischen Sozialisten anerkennen, daß die schweizerische Demokratie alle Möglichkeiten und Voraussetzungen bietet, die von der SPS erstrebten Ziele auf friedlichem Weg zu erreichen. Am Parteitag 1906 erklärte Otto Lang: «Der Wert der Demokratie besteht darin, daß sie uns die Waffen gibt, die wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen<sup>18</sup>», und Herman Greulich, Parteipräsident, entgegnete am Parteitag 1917 den Revolutionären: «Wenn Ihnen aber etwas daran liegt, ein Ziel zu erreichen, so gibt es ein sehr einfaches Mittel, das niemanden in Gefahr bringt, von niemandem auch nur ein Tröpflein Blutvergießen verlangt: Dieses Mittel liegt in der so hochnäsiger besprochenen Demokratie<sup>19</sup>.» Die evolutionären, demokratischen Sozialisten haben nie den von den Klassenkämpfern vertretenen Ausschließlichkeitsstandpunkt eingenommen, wonach die Freiheit und Un-

<sup>16</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 186.

<sup>17</sup> Dr. Hans Oprecht, «Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft», Zürich 1941, S. 7.

<sup>18</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 10./11. Februar 1906, S. 50.

<sup>19</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917 S. 177.

abhängigkeit des Landes für die Arbeiterklasse erst in dem Zeitpunkt Bedeutung habe, in welchem der Sozialismus verwirklicht sei. Sie glauben nicht an einen plötzlichen Umschwung, sondern sind überzeugt, die Umgestaltung der Gesellschaft könne nur schrittweise erfolgen. Nach ihrer Auffassung ist es deshalb die Pflicht der Arbeiterklasse, das fortschrittlichere politische und soziale System gegen das rückschrittlichere zu verteidigen, da im Falle einer Unterwerfung des Landes unter eine ausländische Großmacht zahlreiche Errungenschaften verlorengehen würden, die dann von der Arbeiterklasse zuerst mühsam wieder erkämpft werden müßten. Um diesen Rückfall zu verhindern, muß die Schweiz über eine wirksame Landesverteidigung verfügen, bis die internationale Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit Wirklichkeit geworden sind. In mehreren konkreten Fällen hatten übrigens auch Marx und Engels auf diese Pflicht der Sozialisten zur Unterstützung des fortschrittlicheren Landes hingewiesen, so zum Beispiel im englisch-russischen Konflikt und im amerikanischen Bürgerkrieg. Auch Gustav Wenk wies auf diese Wertabstufung hin, als er am Parteitag 1935 den Klassenkämpfern entgegnete: «Genosse Schneider ist bereit, eine sozialistische Schweiz zu verteidigen. Ich behaupte, daß die graduellen Unterschiede in bezug auf die Freiheiten, welche wir heute gegenüber der Despotie besitzen, größer sind als die Unterschiede zwischen einer sozialistischen und der heutigen Schweiz<sup>20</sup>.»

Aus dem Gesagten geht deutlich hervor, daß die Befürworter der Landesverteidigung in der SPS ihre Überzeugung nicht auf eine «patriotische» Anhänglichkeit an einen schönen Flecken Erde, an dessen Geschichte und die Bräuche seiner Menschen gründen, obwohl diese Gefühle beim einzelnen Mitglied sicherlich auch mitspielen. Sie befürworten die Landesverteidigung um des inneren Gehaltes unseres Staates willen. Es ist die Demokratie mit ihren weitgehenden Möglichkeiten, die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung umzugestalten, es ist die bei uns gelungene Verwirklichung des alten Menschheitstraumes des friedlichen Zusammenlebens mehrerer Rassen-, Glaubens- und Völkergemeinschaften, welche für sie im höchsten Maße verteidigungswürdig sind. In dem einleitend genannten Zitat Müllers kommt diese Haltung gut zum Ausdruck, aber auch andere definierten die «Vaterlandsliebe» der schweizerischen demokratischen Sozialisten. Ernst Reinhard schrieb: «So zeichne sich für die schweizerische Arbeiterbewegung die Landesverteidigung völlig anders als für das Bürgertum. Es ist für sie nicht eine Verteidigung des ‚Vaterlandes‘, des geographischen Komplexes, welcher Schweiz heißt, sondern vor allem eine Verteidigung der Freiheiten, der Rechte und sozialen Errungenschaften gegen die Sklaverei . . . , in welcher Form immer diese sich zeigen mag<sup>21</sup>.»

Sind die evolutionären, demokratischen Sozialisten auch überzeugte Anhänger der Landesverteidigung, so bedeutet dies doch nicht, daß sie die bürgerlichen Auffassungen über deren wirksamste Art, deren Aufbau, Organisation und inneren Geist immer vorbehaltlos teilen. Verschiedene Forderungen wurden erhoben, die nach ihrer Meinung zum Wesen der Armee eines demokratischen Staates gehören.

Mit Entschiedenheit widersetzten sich die demokratischen Sozialisten dem Einsatz von Truppen in inneren politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Nach ihrer Ansicht ist es die einzige Aufgabe der Armee, gewaltsamen Angriffen auf die staatliche Integrität mit Waffengewalt entgegenzutreten, aber

<sup>20</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 182.

<sup>21</sup> Ernst Reinhard, «Landesverteidigung?», Bern 1933, S. 57.

nicht, in die wirtschaftliche, soziale und politische Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum einzugreifen. Truppenaufgebote zur Brechung von Streiks waren zu Beginn des Jahrhunderts an der Tagesordnung und schienen die Auffassung der Revolutionäre zu bestätigen, die Armee sei das innenpolitische Machtinstrument des bürgerlichen Klassenstaates.

Die zweite Forderung betrifft die Demokratisierung der Armee. Dieser Begriff hat zu manchen Mißverständnissen Anlaß gegeben, wurde er doch so ausgelegt, als forderten die Sozialisten Soldatenräte, die «Abstimmung vor dem Angriff» und dergleichen mehr. Dabei war sich die überwiegende Mehrheit der Befürworter der Landesverteidigung in der SPS immer klar, daß eine kriegstaugliche Armee nur auf Grund einer straffen Disziplin und harten Ausbildung erreicht werden kann. Gefordert wurde aber die Schaffung gleicher Avancierungsmöglichkeiten für alle, die dazu fähig sind, und damit eine von sozialen Vorurteilen freie Handhabung des militärischen Vorschlagswesens. Auch die materiellen Voraussetzungen sollten geschaffen werden, um es den minderbemittelten Volksschichten, deren Einkommen nur von ihrer Arbeit herrührt, zu ermöglichen, die langen Beförderungsdienste auf sich zu nehmen. Deshalb forderte die SPS immer die Schaffung eines angemessenen Verdienstaufschlags auch in den Beförderungsdiensten, die Übernahme der Bekleidungs- und Ausrüstungskosten der Offiziere durch den Bund und ganz allgemein eine einfache Lebenshaltung im Offizierskorps. Unter dem Titel der Demokratisierung der Armee wurde auch verlangt, daß im Wehrmann bei aller Disziplin die Würde eines freien Mannes geachtet werde. Alle nicht im Hinblick auf den Krieg notwendigen Formen, Äußerlichkeiten, Ausrüstungsgegenstände sowie die ganze als Selbstzweck betriebene laute Zackigkeit, die abgehackte, brüllende Sprechweise, die ruckweisen Bewegungen wurden als eines Schweizer Bürgers unwürdig und militärisch unsinnig empfunden und als preußischer Militarismus gebrandmarkt.

Immer wieder wiesen die demokratischen Sozialisten darauf hin, daß die Landesverteidigung – soll sie im modernen Krieg Aussicht auf Erfolg haben – alle Bereiche des nationalen Lebens umfassen muß. Schon zu Beginn des ersten Weltkrieges kritisierte Robert Grimm das Fehlen der wirtschaftlichen Landesverteidigung, und in seiner verschiedentlich erwähnten Schrift «Landesverteidigung?» stellte Ernst Reinhard 1933 fest: «Sie (die bürgerlichen Parteien, der Verf.) haben bis zum heutigen Tag die ‚Landesverteidigung‘ nur als eine militärische Angelegenheit behandelt. Sie haben nie begriffen, daß ein Staat, wenn er sich verteidigen will, zweier Dinge bedarf: des Nachweises seiner Existenzberechtigung und der Mobilisation aller seiner Kräfte, vor allem aber seiner wirtschaftlichen . . . » «Das schweizerische Bürgertum faßt heute noch die Frage der Landesverteidigung als Problem einer ausschließlich militärischen Verteidigung territorialer Unversehrtheit auf; festgebissen in dieser fast mittelalterlichen Anschauung, übersieht es, daß neben der geistigen Verteidigungsbereitschaft . . . die wirtschaftliche eine entscheidende Rolle spielt.» «Ihre (der sozialistischen Demokratie ihre, der Verf.) Wehrorganisation umfaßt daher die geistige, die wirtschaftliche und die politische Landesverteidigung; sie braucht alle Mittel, nicht nur die militärischen . . . »<sup>22</sup> 1941 machte Dr. Hans Oprecht, unter Hinweis auf die in gewissen wirtschaftlich einflußreichen Kreisen damals bestehende Bereitschaft zu Konzessionen gegenüber Deutschland, darauf aufmerksam, «daß jede

Anpassung, auch die wirtschaftliche, die Aufgabe unserer Freiheit und damit den Untergang bedeutet<sup>23</sup>».

Eine weitere wichtige Forderung der demokratischen, evolutionären Gruppe betrifft die gerechte Verteilung der Rüstungslasten. Die Aufwendungen für die Armee dürfen in Friedenszeiten, besonders in der Hochkonjunktur, nicht zu einem sozialen und wirtschaftlichen Rückschritt und auch nicht zu einer Verschuldung des Bundes führen. Sie sind deshalb durch Steuern nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, außerordentliche Rüstungsaufwendungen zudem durch eine Abgabe auf den großen Vermögen, einem sogenannten «Friedensopfer», zu finanzieren. Das Friedensopfer wird damit begründet, daß die vermöglichen Volksschichten eine Versicherungsprämie zahlen sollten, da ihnen die Landesverteidigung nicht nur – wie allen anderen Bürgern – die Rechte und Freiheiten erhalte, sondern darüber hinaus auch noch ihren Besitz garantiere, der im Falle einer Besetzung des Landes, besonders durch kommunistische Mächte, verlorengehe.

Eine letzte Forderung, die von den demokratischen Sozialisten immer wieder erhoben wurde – die Pazifisten unterstützten sie selbstverständlich dabei –, war die Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen. Die Verfechter dieser Idee sind der Auffassung, die in unserer Demokratie mögliche Gedanken- und Gewissensfreiheit solle es auch der verschwindend kleinen Minderheit derjenigen ermöglichen, nach ihrem Gewissen zu leben, die den Dienst in der Armee nicht mit ihrer Überzeugung glauben vereinbaren zu können. Die regelmäßige mehrmonatige Einsperrung zusammen mit Verbrechern nach jedem verweigerten Dienst, heute die Ausmusterung durch den Psychiater werden als einer modernen, menschlichen Demokratie unwürdig betrachtet, um so mehr als diese Leute – die Geschichte der totalitären Staaten beweist es – sich auch dem Machtspruch der Diktatur nicht beugen und deshalb als Stützen einer freien Gesellschaft bezeichnet werden können.

Nachdem die in der SPS bestehenden verschiedenen Tendenzen in der Militärfrage zur Darstellung gelangt sind, soll nun verfolgt werden, wie die verschiedenen Kräfte seit Gründung der Partei bis heute miteinander rangen, um deren Stellungnahme zur Landesverteidigung bestimmen zu können.

### III. Die geschichtliche Entwicklung

Die Haltung der SPS zur Landesverteidigung durchlief eine Entwicklung, die deutlich in die drei Perioden zerfällt:

- 1888 bis 1917: Bejahung der Landesverteidigung,
- 1917 bis 1935: Ablehnung der Landesverteidigung,
- 1935 bis heute: Bejahung der Landesverteidigung.

*1888 bis 1917: Von der nationalen Solidarität zur internationalen Klassen-solidarität.*

In den ersten Jahren ihres Bestehens trat die junge SPS – deren Programm aus dem Jahre 1888 den Klassenkampf noch nicht kannte und die sich nicht nur an die Arbeiterklasse, sondern an das ganze Volk wandte – mit Entschiedenheit für die Landesverteidigung ein. Deren Existenzberechtigung wurde in dieser Zeit eigentlich nie ernsthaft in Zweifel gezogen. Mit Überzeugung trat die markanteste Führerpersönlichkeit, der aus Deutschland eingewanderte Herman Greulich, für die Verteidigung des Landes ein. Am Parteitag 1903 rief er aus: «Ich würde als alter Knabe noch die Büchse auf die Achsel nehmen, um uns nicht

<sup>22</sup> Ernst Reinhard, «Landesverteidigung?» Bern 1933, S. 34, 43, 47.

<sup>23</sup> Dr. Hans Oprecht, «Der zweite Weltkrieg und die schweizerische Arbeiterschaft», Zürich 1941, S. 17.

auffressen zu lassen von irgendeiner Monarchie<sup>24</sup>!», und mit stürmischem, anhaltendem Beifall begrüßte der Parteitag 1906 sein Bekenntnis: «Mit aller Entschiedenheit weisen wir halb und ganz anarchistische Anschauungen zurück. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Wehr des Landes, wir wollen ein Volksheer erobern, es soll das Land verteidigen können, wenn es in Gefahr gerät<sup>25</sup>.» Auf dem Boden dieser eindeutigen Bejahung der Landesverteidigung wünschte die Partei aber auch mitzureden bei deren Gestaltung. Es mag interessant sein, die damaligen Forderungen und Ansichten der Partei zur Militärfrage etwas näher anzusehen. Am Parteitag 1903 nahm der Referent, G. Müller, eingehend zum ganzen Problem Stellung.

Zuerst wandte er sich gegen das Argument, die für die Landesverteidigung ausgegebenen Mittel sollten für soziale Einrichtungen verwendet werden, mit dem Hinweis darauf, daß sich das Volk in diesem Falle infolge seiner Wehrlosigkeit dieser Errungenschaften nicht lange erfreuen werde. Er fuhr dann weiter: «Wenn man aber den Zweck, ein leistungsfähiges Wehrwesen, will, dann muß man auch die Mittel wollen . . . Vor allem bedürfen auch wir einer strammen Disziplin . . . Es genügt nicht, daß wir für unsere Verhältnisse ganz ‚Nettes‘ geleistet haben. Wir müssen uns auf den Krieg vorbereiten . . . Die Rekrutenschulen sind zu kurz . . .» Eine in dieser Zeit immer wiederkehrende Sorge der Militärfachleute der SPS war die ungenügende Ausbildung der Offiziere. Müller sagte: «Die beste Waffe und das bestgeschulte Heer nützen uns jedoch wenig, wenn wir keine tüchtige Heeresleitung besitzen. Das heutige System ist falsch. Unsere Divisionäre sind alles mögliche im Zivilleben. Die Kriegführung ist für sie nur eine dilettantenhaft betriebene Nebenbeschäftigung. Der Dienst soll Lebensberuf werden in allen Fällen, wo er nicht vereinbar ist mit der Betreibung eines bürgerlichen Berufes. Der Generalstab und die Kommandostellen der Divisionäre und höheren Chargen sind mit Berufsoffizieren zu besetzen. So werden wir im Krieg eine Reihe geschulter, tüchtiger Offiziere in unserer Heeresleitung haben. Das wird auch dem Bürokratismus am besten entgegenwirken, weil diese Offiziere die nötige Zeit und das nötige Wissen hätten, unter eigener Verantwortlichkeit ganze Zweige zu übernehmen, die heute in den Büros im Bundeshaus zentralisiert sind und von Büromenschen statt von Offizieren besorgt werden.» Müller nahm schließlich noch Stellung gegen den preußischen Militarismus in der Armee, da unser Volksheer nicht dazu da sei, «um zu unsinnigen Paradespielereien verwendet zu werden<sup>26</sup>».

Einstimmig nahm der Parteitag folgende Thesen an: Bejahung der Landesverteidigung auf der Grundlage des Milizsystems, Begrenzung des Militärbudgets in Friedenszeiten auf 20 Millionen Franken, Beschränkung der Ausbildung auf das für den Krieg Notwendige, Schaffung gleicher Aufstiegsmöglichkeiten für alle durch Übernahme der Bekleidungs- und Ausrüstungskosten der Offiziere durch den Bund und gleiche Verpflegung für Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, Eintreten des Staates bei Unbemittelten für die ökonomischen Folgen des Militärdienstes, ständige Besetzung der obersten Heeresleitung und der höchsten Kommandostellen, Ablehnung des Militarismus in Ausbildung Ausrüstung und der Mißhandlung der Soldaten und schließlich – für die Arbeiterbewegung der damaligen Zeit ein wichtiges und aktuelles Postulat – Verbot des Einsatzes von Truppen in Streiks. An konkreten Maßnahmen wurde die Lancierung einer

Verfassungsinitiative auf Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeiten beschlossen.

Die ersten Jahre standen somit ganz im Zeichen einer uneingeschränkten Unterstützung der Landesverteidigung. Die SPS versuchte, unter Berücksichtigung besonderer Anliegen der unteren Volksschichten, loyal am Aufbau einer wirksamen Armee mitzuwirken. Immerhin machten sich bald Widerstände gegen einzelne Aspekte der von den bürgerlichen Parteien befolgten Militärpolitik geltend. Anlaß dazu gaben die immer wieder erfolgenden Truppeneinsätze gegen streikende Arbeiter, die in der SPS eine steigende und lange Jahre nachwirkende Empörung bewirkten. Die Widerstände wurden noch dadurch gefördert, daß sich in der Partei unter dem zunehmenden Einfluß deutscher und bald auch russischer Sozialisten ein Radikalisierungsprozeß vollzog, welcher durch Aufnahme der marxistischen Formel vom Klassenkampf ins Parteiprogramm des Jahres 1904 seinen sichtbaren Ausdruck fand.

Der Parteitag 1904 beschloß Eintreten auf den damals vorliegenden Entwurf der Militärorganisation. Über die dem Entwurf zugrunde liegende Schrift von Oberst Ulrich Wille sagte der Sprecher des Parteikomitees, Albrecht, «daß die Willesche Arbeit einen eminenten Schritt vorwärts bedeutet auf dem Gebiet des Militärwesens, einen Schritt, der schon deswegen vom Schweizervolk begrüßt werden mußte, weil hier zum erstenmal eine eigentliche Wehrverfassung skizziert war, die nicht nur Rechte und Pflichten des Staates, sondern auch Rechte und Pflichten des Wehrmannes und Bürgers fixierte . . . Der Hauptvorzug der Willeschen Arbeit besteht darin, daß Wille gewußt hat, Institutionen zu zeichnen, die Erdgeruch haben, das heißt, die sich unseren Verhältnissen anpassen<sup>27</sup>.» Mit 107 gegen 45 Stimmen machte aber der Parteitag die Zustimmung der SPS zur Militärorganisation von der Aufnahme eines Paragraphen über das Verbot von Truppenaufgeboten im Streikfalle abhängig. Die SPS war nach wie vor zur loyalen Unterstützung der Landesverteidigung bereit, sie setzte sich aber dagegen zur Wehr, daß der Arbeiterschaft in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum der Staat mit seinem militärischen Machtapparat entgegentrat.

Kuriositätshalber sei noch vermerkt, daß der Parteitag auch die Wiedereinführung des «alten eidgenössischen Rechtes» der Wahl der Offiziere durch die Mannschaft forderte, da die Soldaten im eigenen Interesse schönfärbische Dilettanten von fähigen, harten Offizieren zu unterscheiden wüßten.

Am Parteitag 1906 wurden die bereits früher gefaßten grundsätzlichen Beschlüsse bestätigt, zudem aber – da die Truppenaufgebote im Streikfalle noch nicht verboten worden waren – zum erstenmal eine gegen die Armee gerichtete, aktivistische Parole ausgegeben. In der dritten These zur Militärfrage «rät sie (die Partei, der Verf.) den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern<sup>28</sup>». Die Partei verpflichtete sich, die daraus für den einzelnen eventuell entstehenden finanziellen Folgen nach Möglichkeit zu mildern.

Zum offenen Bruch mit der Militärpolitik der bürgerlichen Regierungsparteien kam es am Parteitag 1907. Die Landesverteidigung wurde indessen nicht in Frage gestellt, und Dr. Brüstlein, Referent zur Militärfrage, trat einzelnen defaitistischen Äußerungen, wonach sich ein kleines Volk nicht verteidigen könne, deutlich entgegen: «Das ist aber für mich nicht das Entscheidende.

<sup>24</sup> Protokoll des Parteitages vom 4. Oktober 1903, S. 27.

<sup>25</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 10./11. Februar 1906, S. 39.

<sup>26</sup> Protokoll des Parteitages vom 4. Oktober 1903, S. 31–33.

<sup>27</sup> Protokoll des Parteitages vom 20./21. November 1904, S. 41.

<sup>28</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 10./11. Februar 1906, S. 87.

Vielmehr betrachte ich es als unsere Pflicht, uns zu wehren, auch wenn wir wirklich untergehen sollten. Wenigstens hätten wir dann noch im Untergang unseren festen Willen bewiesen, für unsere nationale Selbständigkeit unser ganzes Sein einzusetzen.<sup>29</sup>»

Die Militärorganisation wurde aber mit 241 zu 8 Stimmen abgelehnt. Die zu diesem Entscheid führenden Gründe wurden vom Korreferenten zur Militärfrage, Emil J. Walter, dargelegt. Er stellte fest, die neue Militärorganisation sei nur ein Rahmengesetz, in welches die im Parlament herrschende Freisinnige Partei unter Umgehung des Volkes hineinschieben könne, was sie wolle. Dieser Zentralisation und Aufhebung von Volksrechten könne die SPS nicht zustimmen. Die für die Mannschaft vorgesehene Verlängerung der Dienstzeit unter gleichzeitigem Zusammendrängen derselben auf die jüngeren Jahrgänge sei zwar positiv; da aber die Unternehmer, sobald es um ihre wirtschaftlichen Vorteile gehe, patriotischen Überlegungen nicht zugänglich seien, dienstpflichtige Schweizer rücksichtslos entließen und durch Ausländer ersetzen und die gesetzliche Dienstpflicht als Argument zu Lohnrückereien benutzten und da andererseits das Gesetz keinen diesbezüglichen Schutz der Arbeiter vorsehe, könne ihm auch aus diesem Grund nicht zugestimmt werden. Walter vertrat sogar die Meinung, Kündigungsschutz während des Militärdienstes, Lohnzahlungspflicht während der Wiederholungskurse usw. hätten nicht ins Gesetz aufgenommen werden können, da dieses sonst von den hinter den Regierungsparteien stehenden Wirtschaftsmächten abgelehnt worden wäre. In der im Gesetz vorgesehenen Unterstellung der eidgenössischen Betriebe und der öffentlichen Verkehrsmittel unter die militärische Gewalt auch im Frieden – gegen die Unterstellung im Krieg bestanden keine Bedenken – erblickte der Referent eine Gefährdung des Vereins- und Streikrechtes der Arbeiter. Schließlich war die Militärorganisation für die SPS schon deshalb unannehmbar, weil das alte Postulat der Neutralität von Bund und Kantonen in wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nicht aufgenommen worden war. Es wurde begrüßt, daß der Forderung der SPS nach besserer Ausbildung der Offiziere entsprochen worden war, aber Walter nannte dies ein Zückerchen, bestimmt, um der Partei die Vorlage schmackhafter zu machen.

Die Ablehnung der Militärorganisation war nicht aus ideologischen Erwägungen heraus erfolgt, sondern weil die im Interesse der unteren Volksschichten erhobenen Forderungen keine Berücksichtigung gefunden hatten.

Nach diesem Entscheid befaßte sich die Partei bis zum Kriegsausbruch auf innenpolitischem Gebiet mit anderen Problemen. Sie versuchte aber, auf internationaler Ebene zu der Verwirklichung ihres großen Programmpunktes, der Überwindung des Krieges, beizutragen. Zusammen mit ihren europäischen Bruderparteien wurde im Rahmen der 1899 gegründeten Zweiten Internationale das Vorgehen im Falle drohender Kriegsgefahr festgelegt. Es sah im wesentlichen die direkte Aktion, den Massenstreik, vor, um den Krieg zu verunmöglichen. Große internationale Friedensdemonstrationen – zum Beispiel 1912 in Basel – sollten die Massen mit den Schrecken des Krieges und den Möglichkeiten zu seiner Verhinderung vertraut machen.

Bei Kriegsausbruch im Sommer 1914 verschwand die in langen Jahren geschaffene, jedem Proletarier heilige internationale Solidarität der Arbeiterklasse in wenigen Augenblicken im Feuer der nationalen Leidenschaften. Wer sich dem allgemeinen Begeisterungstaumel entgegenstellte, wurde überbrüllt, ja er war seines Lebens nicht mehr sicher. Der große französische

Sozialistenführer Jean Jaurès fiel einem Attentat zum Opfer. Massenstreik und Volksaufstand waren vergessen. Im Gegenteil, in allen kriegführenden Staaten schlossen die Sozialisten den Burgfrieden mit den Regierungsparteien, übernahmen Ministerposten in den Kriegskabinetten und stimmten allen durch den Krieg geforderten Maßnahmen zu. Die nationale, vertikale Solidarität erwies sich als stärker als die horizontale, internationale Klassensolidarität. Die Zweite Internationale brach zusammen.

Auch die Parlamentsfraktion der SPS stimmte den vom Bundesrat vorgeschlagenen Anordnungen und Sondervollmachten zu, lehnte aber das Militärbudget wegen des Fehlens einer die Lasten gerecht verteilenden Wehrsteuer ab. Die Fraktion versuchte – mit kleinem Erfolg – ähnliche Maßnahmen zum Schutze der mobilisierten Arbeiter zu veranlassen, wie sie dann im zweiten Weltkrieg so viel zur Bewahrung des inneren Friedens beitragen sollten.

Der Parteitag 1914 stand unter dem Schock des Kriegsausbruches und des kläglichen Zusammenbruches der internationalen Klassensolidarität. Robert Grimm wies in seinem Referat über die ökonomischen Wirkungen des Krieges auf die Arbeiterschaft und die Maßnahmen gegen den Notstand darauf hin, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Vorbereitungen der Eidgenossenschaft völlig versagt hätten. Überall triumphiere der nackte und schamlose Egoismus. Die an den Schützenfesten und patriotischen Feiern gepriesene Einheit des ganzen Volkes habe sich in Schall und Rauch aufgelöst. Die schwere Lage der Arbeiter und des Landes werde vom Bürgertum rücksichtslos zu persönlicher Bereicherung ausgenützt. Bereits hätten mobilisierte Arbeiter ihre Mietzinse nicht mehr zahlen können, seien deshalb gepfändet und armengenössig geworden und hätten so ihre Bürgerrechte verloren.

Die an das Referat sich anschließende Diskussion drehte sich ausschließlich um die Frage, ob die Partei den Militärkrediten zustimmen solle oder nicht. Die Befürworter wiesen auf die dem Lande drohenden Annexions- und Durchmarschgefahren hin, die Gegner, unter Führung des Pazifisten Charles Naine, forderten von der kleinen Schweiz in diesem internationalen Chaos das gute Beispiel. Ein Antrag E.-Paul Graber gegen die Militärkredite wurde vom Parteitag nicht abgelehnt, sondern nur verschoben – ein Fingerzeig dafür, daß sich unter der Oberfläche ein Meinungsumschwung grundsätzlicher Natur vorbereitete.

In Zürich entstand inzwischen ein revolutionärer Kreis. Seit 1914 lebten dort Lenin und andere russische Revolutionäre im Exil und bereiteten die Machtübernahme in Rußland vor. Nach ihrem Plan sollte auch in Westeuropa der Krieg durch die direkte Aktion der Arbeiterklasse in die sozialistische Revolution übergeleitet werden. Ohne sich sichtbar in die schweizerische Politik einzumischen, übten doch Lenin und seine Gefährten einen starken Einfluß auf einzelne marxistische Sozialisten aus. Diese, hauptsächlich aus den Zürcher Sektionen, wurden zum Stoßtrupp, der eine tiefgreifende Richtungsänderung in der Partei auslösen sollte.

Nachdem der erste Schock über den Zusammenbruch der Internationale überwunden war, wurde im September 1915 eine internationale Konferenz nach Zimmerwald einberufen. Sie sollte das weitere Vorgehen der europäischen sozialistischen Parteien festlegen. Ohne Mandat von der SPS nahmen daran von Schweizer Seite Robert Grimm, Fritz Platten und Charles Naine teil. Im wesentlichen wurde beschlossen, revolutionäre Aktionen gegen den Krieg und für die Machtergreifung des Sozialismus vorzubereiten. Der Ausgang der Konferenz bedeutete eine Desavouierung der von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder seit 1914 befolgten Burgfriedenspolitik.

<sup>29</sup> Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 22. September 1907, S. 5.

Der Zimmerwalder Kreis kam 1916 nochmals zusammen, diesmal in Kienthal. Die SPS ließ sich offiziell durch Fritz Platten, Ernst Nobs und E.-Paul Graber vertreten; als Delegierte internationaler sozialistischer Organisationen nahmen noch Robert Grimm und Münzenberg aus der Schweizer Sozialdemokratie an der Konferenz teil. Diese vollzog den Bruch mit den «Sozialpatrioten», das heißt denjenigen Sozialisten, die die nationale Politik ihrer Regierungen unterstützten. Es wurde ein sofortiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen, unbekümmert um die strategische Lage, gefordert und der Beschluß gefaßt, in der Schweiz, ohne Rücksichtnahme auf die außenpolitische Situation, die Agitation gegen die Bejahung der Landesverteidigung durch die SPS aufzunehmen.

An den Parteitag 1915 und 1916 kam die zunehmende Radikalisierung erst in einigen Voten zum Ausdruck. Die Landesverteidigung wurde noch nicht in Frage gestellt, aber die Lancierung einer Verfassungsinitiative für die Unentgeltlichkeit der Ausrüstung, Bekleidung und Bewaffnung der Wehrmänner, für die Einheitlichkeit in Verpflegung und Sold und für die Aufhebung der Militärjustiz beschlossen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, das Fehlen genügender staatlicher Sorge für die mobilisierten Arbeiter, die Empörung über die immer wiederkehrenden Truppeneinsätze gegen streikende Arbeiter, die allgemeine Verelendung und die sichtbare Machtlosigkeit der Arbeiterorganisationen im Staat halfen, den Boden für den Ansturm der Revolutionäre und Klassenkämpfer vorzubereiten.

(Schluß folgt)

## Aktuelle Aspekte der bernischen Kriegsgeschichte<sup>1</sup>

Von Oblt. Georges Grosjean

Man wird sich fragen, was an einer Hundertjahrfeier einer Offiziersgesellschaft im Jahre 1961 eine historische Betrachtung noch für einen Sinn hat. Der Horizont ist düster. Die Zeit schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Schon die Zeit des Aktiviendienstes von 1939 bis 1945 erscheint wie längst entschwundene Vergangenheit. Eine ungewisse Zukunft steht drohend vor uns. Fragen der materiellen Rüstung im Zeitalter eines ins Unermeßliche gesteigerten technischen Materialkrieges beherrschen das Feld. Die Zeiten, da wir uns im Ruhme der Väter sonnen und ihre Bewährung im Kriege ohne viele Bedenken auf uns selbst übertragen konnten, sind endgültig vorbei. Der Krieg hat so extreme Formen angenommen, daß sich für einen Kleinstaat die Probleme völlig anders stellen als je zuvor in der Geschichte.

Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, aus der Geschichte etwas herauszuarbeiten, was auch heute noch seine Gültigkeit hat. Der Wandel der Zeiten und Probleme bringt es mit sich, daß jedes Zeitalter auch die Vergangenheit wieder neu versteht. Jede Beschäftigung mit der Geschichte ist notwendigerweise Auseinandersetzung zwischen Subjekt und Objekt und somit zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Auch diese Zeiten sind vorbei, da der Historiker glaubte oder hoffte, ein eindeutig objektives Bild der Vergangenheit für alle Zeiten hergestellt zu haben. Dies zwingt uns, auch das Bild unseres Volkes in der Vergangenheit und das Bild seiner Bewährung im Kriege zu überprüfen und neu zu gewinnen.

Auch im modernen Kriege entscheidet letzten Endes die moralische Widerstandskraft des Menschen – freilich unter wesentlich größern Opfern als je zuvor. Die Begriffe der Entscheidung in der Schlacht und der Entscheidung im Kriege gehen immer mehr auseinander. In der Schlacht hat die Bewährung durch die moralische Kraft ihre Grenzen. Man wird nicht abstreiten können, daß Schlachten in der neuesten Kriegsgeschichte rein durch das Material entschieden werden konnten. Gegen die physische Vernichtung durch modernste technische Massenvernichtungsmittel kann auch die stärkste moralische Widerstandskraft nichts ausrichten. Anders verhält es sich mit der letzten Entscheidung im Kriege. Hier zeigen gerade die neuesten Entwicklungen, daß auch kleine Völker praktisch unüberwindbar sind, wenn sie die nötige Härte aufbringen, auch nach äußerlicher Beendigung des Krieges ihren Widerstandswillen unter Umständen Jahrzehnte hindurch aufrechtzuerhalten.

Vielleicht ohne daß man sich davon genügend Rechenschaft gibt, hat sich der Krieg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

in zwei grundverschiedenen Richtungen entwickelt. Die eine Richtung ist die des völlig technisierten Fernwaffenkrieges mit Massenvernichtungsmitteln. Die andere Richtung aber ist die des nirgends greifbaren, in seinem Charakter überhaupt unbestimmten, nie anfangenden und nie aufhörenden Kleinkrieges. Noch neigt man dazu, diesen Krieg zu bagatellisieren. Doch darf kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß diese Form des Krieges von gewissen Mächten heute systematisch entwickelt und mit allem Raffinement bis in alle Einzelheiten vorbereitet und gehandhabt wird als ein Mittel zur Erreichung jedes beliebigen politischen Zieles, inbegriffen die Eroberung ganzer Länder und Erdteile.

Da der «große Krieg» mit den technischen Vernichtungswaffen auch dem überlegeneren Teil kaum irgendwelche Gewinne verspricht, ist es möglich, daß die zweite Form des mehr oder weniger getarnten Subversionskrieges überhaupt das kriegerische Geschehen einer nähern oder weitem Zukunft beherrscht. Daraus ergibt sich, daß für einen Kleinstaat die Aussichten zur Bewährung im Kriege unter Umständen viel größer sind, als dies auf den ersten Blick scheint; denn bei dieser Form des Krieges spielen die moralischen Widerstandskräfte die entscheidende Rolle. Dabei denken wir nicht einmal in erster Linie daran, daß *unser* Volk einen solchen Krieg gegen einen Unterdrücker führen müßte. Die Errichtung einer «Partisanenarmee» steht also keineswegs zur Diskussion. Viel eher scheint heute aktuell zu sein, sich vorzusehen, daß nicht ein wohlgeordnetes, aber im Frieden etwas zu stark eingeschläfertes Staatswesen von einer imperialistischen Macht, deren Name nicht genannt zu werden braucht, auf diese Weise aus den Angeln gehoben wird.

Mit solchen Betrachtungen wird aber die Kriegsgeschichte geradezu unheimlich aktuell. Der Historiker stellt sogar fast zu seinem eigenen Erstaunen fest, daß der Krieg wieder Formen annimmt, die mindestens im Bilde des operativen Geschehens den Formen des 13. und 14. Jahrhunderts nicht unähnlich sind. Das waren aber die Formen des Krieges, mit denen unsere Eidgenossenschaft in ihrer Frühzeit aufgebaut wurde. Die Kriegsgeschichte hat vor allem die Erinnerung an die Schlachten und Siege aufbewahrt. Eine modernere militärische Historiographie hat aus der Tendenz, in allem kriegerischen Geschehen eine Bestätigung der Lehren eines Clausewitz zu sehen, das Gewicht

<sup>1</sup> Nachdruck aus der Festgabe zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern, Sommer 1961.